

# Ostland-Berichte

## Reihe B: Wirtschafts-Nachrichten.

Herausgegeben vom Ostland-Institut in Danzig

### Inhalt:

- Die deutsch-polnische Agrarkonferenz.
- Die Lage der Polener Landwirtschaft.
- Ein deutsch-polnisches Clearing-Vereinbarung?
- Die englische Anteil für Polen.
- Forderungen für einen polnischen Handelsvertrag mit Deutschland.
- Der Anteil Polens und Dummerlens an der polnischen Jachtt-Exportation.
- Übungen als Hafen für den polnischen Export nach Lagnan und dem Balkan.

### Die deutsch-polnische Agrarkonferenz.

Nachdem die anlässlich des Warschauer Besuches der deutschen Landwirtschaftsordnung von der polnischen Presse geäußerten Hoffnungen auf eine Steigerung der polnischen Agrarausfuhr (vergl. 1934, Nr. 14, S. 63\*) durch die Feststellungen der Berliner Agrarkonferenz über die Möglichkeit deutsch-polnischer Kompensationsgeschäfte eine gewisse Erfüllung erfahren haben, bringt jetzt das maßgebende Regierungsorgan („Gazeta Polska“) einen Leitartikel, „Die polnisch-deutsche Landwirtschaftsverständigung“, in dem Dr. Adam Rose (Departementsdirektor im polnischen Landwirtschaftsministerium), der u. a. bei der Konferenz einen Vortrag über die polnischen Agrarprobleme gehalten hat, die Ergebnisse der Berliner Konferenz wie folgt beurteilt:

Die ersten konkreten Ergebnisse der deutsch-polnischen Landwirtschaftsverständigung sind die Feststellungen der Berliner Konferenz, daß man bei entsprechender Organisation die Ausfuhr polnischer Agrarprodukte (Wetter, Eier, Oelölge, Holz u. a. m.) nach Deutschland ohne Gefährdung der deutschen Landwirtschaft steigern kann. Da aber die Entscheidung über die Verwirklichung dieser Konferenzbeschlüsse von den beiden Regierungen abhängig ist, muß eine nähere Erörterung dieser Möglichkeiten als vorläufig zurückgestellt werden. Es ist aber wohl angebracht, den polnisch-deutschen Landwirtschaftsgesprächen einige grundsätzliche Bemerkungen zu widmen, und zwar ist

„vor allem die ausnahmsweise herzliche Stimmung während des ganzen Aufenthaltes der polnischen Delegation in Deutschland zu betonen. Allein die Tatsache, daß der Präsident der polnischen Landwirtschaftsorganisationen in der historischen Aula der Berliner Universität polnisch sprechen konnte, daß der Unterzeichnete ebendort vor einem ausnahmsweise dankbaren Auditorium über polnische Agrarfragen reden konnte, beweist den tiefgehenden Umschwung, der sich in außerordentlich kurzer Zeit vollzogen hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Möglichkeit der Verständigung mit den heutigen Vertretern der deutschen Landwirtschaft ungleich größer ist als zu der Zeit, da die Vertreter der ostdeutschen „Junker“ das Monopol für die Vertretung der Interessen der deutschen Landwirtschaft besaßen. Die einseitige Agrarpolitik dieser („Junker“) hat nicht nur die Beziehungen zu Polen äußerst kompliziert, sondern stand oftmals in deutlichem Gegensatz zu den Lebensinteressen der kleinen Landwirte in Zentral- und Westdeutschland. Mit den Vertretern dieser Gruppe kann man, muß man reden.

Die Gespräche zwischen der polnischen und der deutschen Landwirtschaft verdienen aber besondere Aufmerksamkeit nicht nur vom Gesichtspunkt der Interessen der beiden direkt interessierten Länder, sie können auch wertvoller Wegweiser als neue Methode zur Normierung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen

den Agrarexport- und Importstaaten sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Politik der Importstaaten, unaufrichtig die Zölle zu steigern, seit Jahren der immer wesentlicher Grund für die Vertiefung der Krise in den Agrarstaaten geworden ist. Die Importstaaten trieben diese Politik angeblich im Interesse ihrer Landwirtschaft, aber die kurz-sichtige Politik . . . erfüllte ihren Zweck, die Landwirtschaft gegen fremde Konkurrenz zu schützen, nicht. Obwohl die meisten Importstaaten des Kontinents heute Zölle besitzen, die mindestens 50 % der Inlandspreise betragen, mußten die Exportstaaten den klar verlustbringenden Export trotzdem forcieren, einfach weil sie keine anderen Exportmöglichkeiten besaßen. Die Folge war, daß die Industriestaaten die Kaufkraft ihrer eigenen Abnehmer ruinieren, ihrer eigenen Landwirtschaft aber eine recht problematische Hilfe brachten. Für die Normierung der bisherigen Lage eröffnet die jetzige Agrarpolitik des Deutschen Reiches neue Möglichkeiten, die während der polnisch-deutschen Agrargespräche deutlich zum Ausdruck kamen.

Polen hat seit langem die Ansicht vertreten, daß die chaotische Agrarausfuhr gleich schädlich für die Ein- und Ausfuhrstaaten ist; es hat als erster Exportstaat ungeheure organisatorische Anstrengungen gemacht, um seine Ausfuhr zu beherrschen und den mit dem Gesamtplan nicht koordinierten Export auszuschließen. Diese Bemühungen aber waren, solange das Chaos auf den Absatzmärkten herrschte, in hohem Grade zu halbem Erlösen verurteilt. Polens organisierte Ausfuhr traf nämlich auf den Absatzmärkten die chaotische Ausfuhr anderer Staaten an und mußte sich mit den von diesen diktierten Preisen begnügen. Die neue Organisation des Binnenmarktes in Deutschland kann unter diesen Bedingungen das unentbehrliche Gegenstück der polnischen Ausfuhrpolitik bilden und theoretisch dazu beitragen, den Agrarexportstaaten einen zwar mengenmäßig beschränkten, dafür aber bezüglich der Preise rentablen Export zu sichern.

Die Politik der Importstaaten, die den inneren Markt für Agrarprodukte zu beherrschen strebt, kann nur dann für die Staaten, die entsprechende Artikel exportieren, günstig sein, wenn sie . . . wirklich rationell betrieben wird, d. h. darauf abzielt, den Exportstaaten ständige und rentable Ausfuhrmöglichkeiten zu sichern. Andernfalls könnte eine solche Politik die endgültige Vernichtung des Weltagrarhandels bewirken. Würde nämlich der Importstaat die Macht, die er durch die Verordnungen . . . zur Normierung des Binnenmarktes erlangt hat, einseitig ausnutzen, die Einfuhr . . . willkürlich regeln oder den Exporteur zum Verkauf zu Verlustpreisen zwingen . . . so würde das umgekehrte Ergebnis eintreten. Die dichtbevölkerten, relativ geringe Ausfuhrüberschüsse besitzenden Agrarstaaten, zu denen auch Polen gehört, wären dann einfach gezwungen, auf Export nach den betreffenden Märkten zu verzichten und die Autarkietendenzen zu verstärken. Die übrigen Agrarstaaten aber, die zur Ausfuhr unter allen Bedingungen gezwungen sind, würden das Feld nicht endenwollender Krisen sein . . .

Die Weiterentwicklung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Agrar- und Industriestaaten wird also in hohem Grade abhängen von der Reife des wirtschaftlichen Denkens

derjenigen Importstaaten, die den Weg der Organisation des agrarischen Binnenmarktes beschreiten. Man muß zugeben: der Verlauf der Berliner Gespräche beweist, daß die Lenker der deutschen Agrarpolitik sich der ungeheuren Verantwortlichkeit bewußt sind, die auf ihnen nicht nur gegenüber der deutschen Landwirtschaft lastet, sondern auch gegenüber allen, die seit Jahren unter der Weltwirtschaftskrise leiden.

Die Berliner Entschlüsse besagen: „Beide Seiten sind sich darüber klar, daß die Vorschriften zur Regulierung des Importmarktes nur dann keine Gefahr für die Exportstaaten werden, wenn sie die zehrbaren Garantien bezüglich der Ausmaße sowie Preise des zulässigen Exports erhalten; dabei kann es nicht im Interesse der Landwirtschaft des einen Landes liegen, daß infolge übermäßiger Einfuhrabgaben die Landwirtschaft des anderen Landes gezwungen wird, ihre Produkte zu allzu niedrigen Preisen auszuführen.“

Die Vertreter der deutschen Landwirtschaft haben durch die Annahme dieser Entschlüsse deutlich einen wirklich wirtschaftlichen Standpunkt eingenommen und ipso facto die Politik phantastischer hoher Einfuhrzölle, wie sie in den letzten Jahren von den meisten Importstaaten betrieben wurde, verurteilt. Polens Landwirtschaft ist bereit zu glauben, daß die oben ausgesprochenen These keine tote Phrase bleiben wird, daß sie nicht nur in der deutschen Agrarpolitik konkret realisiert, sondern auch Wegweiser für die übrigen, Agrarprodukte einführenden Staaten werden wird. Daher kann man ohne Übertreibung sagen, daß die polnisch-deutschen Agrargespräche eine Bedeutung besitzen, die sowohl in methodischer wie in meritorischer Hinsicht den Rahmen der polnisch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen erheblich überschreiten.“

[„Gazeta Polska“ Nr. 138, 20. 5. 1934]

### Die Lage der Posenener Landwirtschaft.

In ferneren Berichten über die Lage der Posenener Landwirtschaft (s. B. 1933, Nr. 7-8, S. 34\*, 1934, Nr. 10, S. 41\*-43\*) erfassen eine beachtliche Ergänzung durch einen Aufsatz, den das Posenener Regierungsgespan („Dziennik Poznański“) vor kurzem als Diskussionsmaterial veröffentlicht hat, und in dem Dr. A. Zajączkowski, der Direktor der „Domesticellen Landwirtschaftsgesellschaft“, die Frage: „Weshalb reguliert die Landwirtschaft ihre Verpflichtungen nicht?“ folgendermaßen beantwortet:

Nach den Ermittlungen des Finanzministeriums beträgt für 1932 die Summe der Agrarschulden (einschließlich rückständiger Steuern und öffentlich-rechtlicher Zahlungsverpflichtungen) rund 4621 Millionen Zloty, und zwar 2549 Millionen Zloty langfristige (wovon 800 Millionen private Hypotheken) sowie 2078 Millionen Zloty kurzfristige Schulden (einschließlich öffentlich-rechtlicher Zahlungsverpflichtungen). Diese Zahlen sind, falls sie überhaupt den Stand von 1932 recht erfaßt haben, inwieweit sicherlich noch bedeutend gestiegen, erhalten ihre wahre Bedeutung aber erst, wenn man ihnen die Beträge der staatlichen Einkommensteuer (1932 und 1933 je 54 Millionen Zloty, im laufenden Jahre 60 Millionen Zloty) gegenüberstellt.

Kennzeichen der bisherigen Gesefehmsnahmen zur Regelung der Agrarverpflichtung ist die These von der „Kurzfristigkeit“ der Agrarkrisis gewesen. Während des Aufbaues des Gesefehmswerkes ist Polen mit anderen Ländern der Umgebung erlegen, daß die Agrarkrisis noch zwei, höchstens drei Jahre anhalten werde und daß demgemäß grundsätzlich keine Maßnahmen auf dem Zahlungsaufschub für zwei Jahre bei Unterlassung jeden Angriffes auf die Schuldsumme aufgebaut. Daber werden in den nächsten Monaten (1. 10. 1934) verschiedene Zahlungsstermine zusammenfallen, ohne daß in der Lage der Landwirtschaft irgendeine Besserung eingetreten ist.

Es ist überflüssig, die allgemein bekannten Zahlen über den anhaltenden Rückgang der Agrarpreise — sogar in der Vorentszeit! — zu zitieren, aber wohl angebracht, die sehr bedauern, jedoch weniger bekannten Zahlen zu erwähnen, die das „Staatliche Landwirtschaftsforschungsinstitut“ für Großpolen ermittelt hat. Nach den Untersuchungen dieses Institutes haben in Großpolen betragen:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Brutto-Ertrag pro ha	723,17	648,38	563,76	351,00 Zl.
Netto-Ertrag pro ha	257,16	89,12	69,01	— 41,51 Zl.

(ohne Vergütung des Eigenkapitals und Arbeitsverdienst des Besitzers.)

„Also schon 1930—1931 hat der durchschnittliche Landwirt bei einem Durchschnittspreis von 25 Zloty pro dz Roggen nicht nur nichts verdient, sondern zu jedem Hektar bestellten Landes 41,51 Zloty zu gelegt. Praktisch hat sich seine Besitzsubstanz um 41 Zloty pro ha vermindert, d. h. er hat nichts für die Amortisation des Inventars zurückgelegt, die Gebäude verfallen lassen, keine Steuern und Zinsen gezahlt, den Boden unfruchtbar werden lassen usw. Es wäre interessant, zu erfahren, wieviel der Reinertrag im vergangenen Jahre bei einem um die Hälfte geringeren Roggenpreise betragen hat...“

Für die zweite Frage: die Vergütung des Betriebskapitals (Verhältnis des Reinertrags zum Betriebskapital). Diese hat betragen:

	1927/28	1928/29	1929/30	1930/31
Durchschnittsvergütung	9,80 %	2,87 %	1,98 %	— 1,17 %

In guten Jahren hat eine durchschnittliche Landwirtschaft Großpolens eine solche Vergütung ohne Schaden tragen können.

„Zahlte aber der Landwirt höhere Zinsen, so verzichtete er teilweise oder gänzlich auf Verzinsung des Eigenkapitals zugunsten des Leihkapitals... Worin liegt nun das Geheimnis der letzten Jahre, in denen die Landwirte höhere Zinsen „zahlen“ und noch heute „zahlen“? Ein Teil des Geheimnisses ist schon durch die eingangs gebotenen Zahlen über die Milliardenschulden enthüllt... Der zweite Teil ist der Verbrauch der Besitzsubstanz, der bewiesen wird durch den geradezu unerhörten Rückgang des Absatzes von Landmaschinen, den Verfall der Wirtschaftsgebäude und die steigende Unfruchtbarkeit des Bodens. Bezüglich des lebenden Inventars verbreitet sich epidemisch die Erscheinung, daß der von Vollziehungsbeamten gequälte Landwirt nach genauem Studium des entsprechenden Rundschreibens der Behörden den Viehbestand auf das pfändungsfreie Minimum reduziert.“

Der Verbrauch der Viehbestände wird am besten illustriert durch folgende Untersuchungsergebnisse der Posenener Landwirtschaftskammer:

Durchschnittsaufwand pro ha für	1928/29	1929/30	1930/31	1931/32
Maschinen	15,14	6,69	1,91	1,24
Gebäude	7,85	2,27	0,13	0,10
Düngemittel	108,10 Zl.	72,65 „	31,96 „	28,60 „

„Diese Zahlen zeigen schlagend das Tempo der Vernichtung der Besitzsubstanz und des Volksvermögens sowie der immer stärkeren Isolierung des Dorfes von dem gesamten Warenumsatz des Landes. Sollte es keiner anderen Argumentation genügen sein zu beweisen, daß die Landwirtschaft nicht mehr im Stande ist, ihre durch die Geldwertsteigerung verdoppelten Verpflichtungen und übersteigerten Zinsen zu entrichten, so müssen es jedenfalls diese Bilanzfiguren, die — als Unterlage für die Steuerveranlagung dienend — sogar die Finanzämter überzeugt haben.“

Da also die Landwirtschaft ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, sind nur zwei Möglichkeiten gegeben:

„1. entweder die verschuldeten Wirtschaften unter den Hammer zu bringen, mit

anderen Worten die Reduktion der Schulden durch ausschließliche Berücksichtigung der erstellten Hypotheken und Zurückweisung aller übrigen Forderungen zu bewirken, oder

2. allmählich sämtliche Forderungen entsprechend dem Rückgang der Agrarpreise zu reduzieren und die Rückzahlung der so reduzierten Schulden auf eine solche Reihe von Jahren zu verteilen, wie sie der Rentabilitätsrückgang gebietet,

Die erste Alternative heißt Liquidierung von 95 % der Besitzer landwirtschaftlicher Betriebe, d. h. eine Sozialrevolution, die nota bene und durchführbar ist, soweit man die Praxis der Kreditlandschaften entnehmen kann. Die zweite und anscheinend allein mögliche Alternative ist eine Generalreduktion der Agrarverschuldung.

Das Ausland hat diese Frage schon in hohem Maße gelöst — entweder durch die für Polen nicht tragbare Geldumwertung oder, wie z. B. in Rumänien, durch eine allgemeine Reduktion der Agrarschulden. Ohne der Wahl der Methode vorzugreifen, sind aber, als für die Wahl entscheidend, drei Punkte hervorzuheben:

1. die Reduktion der Agrarverschuldung im Verhältnis zur Steigerung des Geldwertes ist unerlässlich,

2. die radikale Entschuldungsaktion muß auch die übrigen Zweige der Volkswirtschaft, wie Industrie, Handel usw. erfassen.

3. jegliche Rechnung auf baldige Besserung der Konjunktur ist illusorisch und kann nur zu halben und Palliativmitteln führen.

[„Dziennik Poznański“ Nr. 96, 27. 4. 1934.]

### Ein deutsch-polnisches Clearing-Abkommen!

Zu der an anderer Stelle erwähnten Forderung nach Abschluß eines Clearing-Abkommens zwischen Polen und Deutschland äußert sich jetzt das Organ des „Zentralverbandes der polnischen Industrie“ („Przebieg Gospodarczy“) u. a. wie folgt:

„... Wir besitzen den am 7. 3. 1934 geschlossenen Vertrag über die Beendigung des Zollkrieges, auf Grund dessen wir unsere Ausfuhr nach Deutschland steigern können, ebenso wie übrigens Deutschland... seine Ausfuhr zu uns steigern kann. Nur mit dem Unterschied, daß unsere Ausfuhr — nicht bezahlt wird, in der Statistik kann eine schöne Zahl erscheinen, aber der polnische Exporteur sieht nur einen Teil seines Geldes...“

Offen gesagt ist die Lage ausnahmsweise schwierig. Der ganze Komplex der deutsch-polnischen Tauschbeziehungen ruht gegenwärtig in vertraglicher Hinsicht auf halben Mitteln. Ein Handelsvertrag ist nicht vorhanden, nicht einmal ein klares zweiseitiges Kontinentalabkommen, nur ein „negatives“ Dokument, das den Zollkrieg aufhebt, also die Anwendung gewisser bisher geübter Praktiken verbietet, aber nicht positiv sagt, wie die gegenseitigen Beziehungen zu regeln sind. So erhebt sich die Frage: Wie sind die Tauschbeziehungen zu regeln mit einem Lande, das Devisenbeschränkungen besitzt, die unsere Ausfuhr zu stören beginnen, während wir solche Beschränkungen nicht besitzen? Mit Unzarn und Sidslawien, die ebenfalls gegenüber unserer Ausfuhr Devisenbeschränkungen anwenden, regeln wir sie durch Kompensierung, d. h. wir gewähren Kontingente für die Einfuhr dieser Länder nur... gegen Zuteilung gewisser Devisenbeträge für unsere Ausfuhr dorthin. Würde sich unsere Lage gegenüber Deutschland weiter verschlechtern, so könnte man daran denken, hier dieselbe Methode anzuwenden. Dabei treffen wir aber sofort auf kolossale technische Schwierigkeiten, die vor allem dadurch hervorgerufen werden, daß unser Umsatz mit Deutschland relativ groß und sehr differenziert ist. Die Durchführung von Kompensationen nach dem Muster Ungarns oder Südslawiens wäre also wohl unmöglich.

In unserer Wirtschaftspresse ist der Gedanke des „Clearings“ mit Deutschland aufgeworfen worden. Dies scheint uns nicht die richtige Methode. Vor allem — ein echtes Clearing müßte mit Hilfe von Konten bei den Emissionsbanken beider Länder durchgeführt werden, was uns jedoch mit Rücksicht auf unsere Politik des freien Devisenverkehrs erschwert erscheint. Überdies bringt uns das „Clearing“ in der Regel die gegenseitigen Umsätze auf das Verhältnis 100:100, das wiederum ist für uns, die wir gegenwärtig gegenüber Deutschland einen aktiven Handelssaldo besitzen, ein Verlust.

So ist also die Lage nicht einfach, irgendein Ausweg muß aber gefunden werden. Der Vertrag über die Beendigung des Zollkrieges, der jetzt in einer gewissen faktischen Lage geschlossen, die weder eine Änderung erfährt. Sollte man sich bei Verschärfung der Lage nicht noch einmal mit dem deutschen Partner an den Verhandlungstisch setzen?..“

[„Przebieg Gospodarczy“ Nr. 10 (15. 5. 1934), S. 370—371.]

### Die englische Anleihe für Polen.

In unserem früheren Bericht (Nr. 13, S. 57\*) sei nachgetragen: In einer Presse-Interim äußert sich Verkehrsminister Piłsudski über die Notwendigkeit, die polnischen Bahnen mit automatischen Bremsen auszurüsten, über die Vorteile dieser technischen Ausrüstung und die Gründe für die Wahl der Westinghouse-Bremse, um schließlich über das Programm der Lieferungen auszuführen:

Da bekanntlich 90 % der Lieferungen von polnischen Firmen ausgeführt werden sollen, wird besonders darauf geachtet werden, daß die polnische Industrie sämtliche Einzelteile herstellt. Die Montage der automatischen Bremsvorrichtungen sowie der Umbau der bisherigen Sandbremsen wird in den Eisenbahnbetrieben, die hierfür einen Parkett von 26 Millionen Zloty erhalten, geschehen. In dem Programm ist die Ausrüstung von 39 000 Güterwagen mit Westinghouse-Bremsen im Laufe von sechs Jahren vorgesehen, doch sollen bereits früher die meisten Lagen der Hauptverkehrsachsen damit versehen sein. („Gazeta Obojczyzna Gazeta Handlowa“ Nr. 103, 7. 5. 1934; „Gazeta Polska“ Nr. 124, 6. 5. 1934.)

An anderer Stelle wird noch mitgeteilt: Die relativ lange Verhandlungsdauer erklärt sich dadurch, daß es sich nicht nur um erhebliche Beträge gehandelt hat, sondern auch die technische Seite des Kontrakts sehr kompliziert gewesen ist. Beide Ziele der polnischen Delegation: möglichst günstige Kreditbedingungen zu erhalten, sowie Ausrüstung der polnischen Bahnen mit modernsten Einrichtungen zu sichern — sind erreicht worden.

Vor allem sind die Kreditbedingungen erheblich günstiger als bei der letzten in England aufgenommenen Anleihe. Die Anleihe zur Elektrifizierung des Warschauer Eisenbahnknotenpunktes lautet auf 1 980 000 £ zu 6½ % auf neun Jahre, die neue Anleihe auf 3,5 Millionen £ zu 6½ % auf 10 Jahre. Weiter sind von der Elektrifizierungsanleihe rund 900 000 £ für Lieferungen englischer Firmen bestimmt worden, bei der Bremsen-Anleihe aber sollen polnische Firmen 60 % der Lieferungen übernehmen. Wichtig ist ferner, daß die polnischen Firmen komplette Bremsvorrichtungen liefern werden, die englischen Firmen nur wenige kompliziertere Teile liefern sollen.

Polen wird eine höchst moderne Type automatischer Bremsen erhalten; das gestatte u. a. erhebliche Verschleimung der Gleisräder (gerade für Massengüter) bei beschleunigter Lenkung der Betriebsstellen. Nicht zu übersehen ist auch die Bedeutung der Anleihe für die Beschäftigung der polnischen Anleihe. („Gazeta Obojczyzna Gazeta Handlowa“ Nr. 99, 1. 5. 1934.)

Die Kritik an dieser Anleiheoperation ist natürlich nicht ausgeblieben, so betont z. B. die „Polska“ „Ratowski die Unzulänglichkeit der Angaben über die Bedingungen der Anleihe und bemerkt: Bekanntgegeben sind nur Anleihebetrag und Zinssatz, über die Art der Rückzahlung sind Angaben unterblieben. Ferner ist nicht genau mitgeteilt worden, ob nur 60 % der Lieferungen nach Polen vergeben würden oder tatsächlich 90 % des Anleihebetrages nach Polen kommen werden. Nicht zu übersehen sind

schließlich die Mitteilungen über die erhoffte — in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht aber nicht unbedenkliche — Verminderung des Brennstoff-(Kohle-)Verbrauchs der polnischen Bahnen. („Polonia“ Nr. 3432, 3. 5. 1934.)

### Forderungen für einen polnischen Handelsvertrag mit Deutschland.

Zu der Meldung der polnischen Presse („Justrowany Kurjer Codzienny“ Nr. 120, 2. 5. 1934), daß eventuell im Herbst dieses Jahres die Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-polnischen Handelsvertrages aufgenommen werden sollen, führt die Kattowitzer „Polonia“ (Opposition) aus:

Man muß also noch mit längerer Dauer des gegenwärtigen Vertragslaufes rechnen, zumal beide Partner darin einen Vorteil für sich sehen. Denn die von ihrer Regierung stark unterstützte deutsche Landwirtschaft fürchtet die Konkurrenz der polnischen Agrarprodukte, verschiedene polnische Industriezweige wiederum die Konkurrenz deutscher Industrieprodukte. Trotzdem kann sich infolge der Aufhebung der Ausnahme- und Kontingentbestimmungen der gegenseitige Warenumsatz erheblich steigern; übrigens hat Deutschland trotz des neunjährigen Wirtschaftsrückganges stets einen der ersten Plätze im Polens-Landhandel eingenommen. Der Wunsch der Vertreter der deutschen Landwirtschaft (über den an anderer Stelle berichtet wird) ist nicht ergebnislos gewesen, und es ist zu erwarten, daß die Delegation der polnischen Landwirtschaft von ihrem Gegenbesuch in Berlin bereits mit konkreten Vorschlägen über die Möglichkeiten polnischen Agrarexports nach Deutschland zurückkehren wird.

Umso mehr muß man jetzt (worauf bereits verschiedentlich hingewiesen worden ist)

„die Aufmerksamkeit auf die Privilegierung des deutschen Exports nach Polen — gegenüber dem polnischen Export nach Deutschland — lenken. Grund dieser Privilegierung sind die deutschen Devisenverordnungen, die außerhalb des deutsch-polnischen Abkommens . . . Beschränkungen für den polnischen Export schaffen. Es besteht die Gefahr, daß ein bedeutender Teil unseres Exports sich in eine statistische Fiktion verwandelt; da aber eine solche Fiktion nicht langfähig sein kann, stehen wir vor der Aussicht, daß unsere Ausfuhr nach Deutschland beschränkt wird. Einerseits stört die scharfe Devisenreglementierung in Deutschland das Gleichgewicht des gegenseitigen Warenaustausches, andererseits trifft der deutsche Kaufmann im Export nach Polen auf keinerlei Beschränkungen beim Empfang des Geldes für die nach Polen verkaufte Ware. Es würde sich also verlohnen, an eine entsprechende Vervollständigung des Artikels 9 des polnisch-deutschen Abkommens zu denken. Er besagt, daß bei Änderung der Lage zu Ungunsten einer Seite eine solche Lage durch neue Verhandlungen zu ändern sei; eine solche Veränderung der Lage zu Ungunsten Polens aber haben die deutschen Devisenbeschränkungen geschaffen.

Der beste Ausweg aus der entstandenen Lage wäre die Schaffung eines (wenn auch nur teilweise) Devisenclearings oder auch eines anderen Systems zur Kontrolle der gegenseitigen Umsätze, um so das durch die neuen deutschen Vorschriften gestörte Gleichgewicht wieder herzustellen. . . .“

[„Polonia“—Kattowitz Nr. 3435, 6. 5. 1934.]

### Der Anteil Polens und Dommerehrens an der polnischen Industrieproduktion.

Aus der vom Statistischen Hauptamt Warschau veröffentlichten „Industriestatistik Polens für 1932“ hat der „Kurjer Poz-

nański“ die Zahlen für die Industrieproduktion der Wojewodschaften Polen und Pommern herausgegeben und sie den entsprechenden Zahlen für Gesamtpolen gegenübergestellt, um dadurch die Bedeutung dieser ehemals deutschen Gebiete für die Industrieproduktion Polens zu zeigen (vergl. 1933, Nr. 6, S. 25\*). Ein Mangel ist allerdings, daß die „Industriestatistik“ gerade Industrien, die für diese Gebiete besonders wichtig sind, wie Zuckerraffinerien, Mühlen oder Brennereien, nicht erwähnt, immerhin ergeben sich aus so insgesamt neun Tabellen für die übrigen Industrien (für die wichtigsten Erzeugnisse: Zahl der Produktionsstätten, sowie Menge und Wert der Produktion 1932), die in der folgenden Schlußtafel zusammengestellt werden:

Industriezweig	Wert der Produktion (1000 Zl.)		%
	Gesamt-polen	Polen-Pommern	
<b>1. Mineralische Industrie:</b>			
Ziegeleien	39 880	10 080,1	25,3
Kachel- und Ziegelfabrikation, Töpferei	3 761	572,4	15,2
Zetonfabriken	1 997	430,5	21,5
Kalkindustrie	9 767	1 914	19,6
Glasindustrie	10 400	1 131	10,9
Chemiefabrikation u. a.	312	10	3,5
<b>2. Metallindustrie:</b>			
Eisenfabrikate	39 349	3 813,8	9,7
Gußfabrikate aus übrigen Metallen	4 185	786	18,8
Maschinen-, Apparate-Teile	4 913	854	17,4
Maschinenfabrikate (Draht, Bleche)	23 398	1 430	6,1
Möbel u. a.	2 971	281,5	9,5
Werkzeuge und Geräte	281	170,5	60,9
Konstruktionen	5 081	818	16,1
Motoren, Pumpen	838	177	21,2
Maschinen für Metall- und Holzindustrie	43	27,5	63,9
Lebensmittel- und -apparate	1 302	613,8	47,2
Maschinen für übrige Industrien	683	482	70,6
Transportmittel	475	193	40,7
Werkzeugmaschinen	648	239	36,9
Metallinstrumente	728	567	77,9
<b>3. Elektrotechn. Industrie</b> 11 003 2 578,8 23,4			
<b>4. Chemische Industrie</b> 208 056 31 705,7 15,3			
<b>5. Papierindustrie</b> 145 900 10 838 7,4			
<b>6. Lederindustrie</b> 85 226 6 008,9 8,1			
<b>7. Holzindustrie</b> 329 105 46 402 14,1			
<b>8. Lebensmittelindustrie</b> 88 707 14 244,1 16,1			
<b>9. Schuindustrie</b> 20 062 8 566,4 42,7			

[„Kurjer Poznański“ Nr. 192, 29. 4. 1934.]

### Ödingen als Hafen für den polnischen Export nach Ungarn und dem Balkan.

Nach früheren Pressemeldungen über die polnischen Pläne, den Export nach Ungarn und dem Balkan über den Ödinger See zu lenken (vergl. 1934, Nr. 10, S. 48\*), bringt jetzt die „Gazeta Gdańska“ folgende Meldung:

Der Kohleexport nach Ungarn auf dem Landwege ist wegen der hohen Kosten des Transits durch die Tschechoslowakei seit langem nicht mehr möglich. Nunmehr hat sich nach genauer Kalkulation einer der großen Kohlenkonzerne entschlossen, den Kohleexport nach Ungarn auf dem Seeweg über Ödingen zu tätigen; eine Ladung von mehreren Tausend ton ist schon unterwegs nach Brais, um von dort per Bahn nach Ungarn expediert zu werden. Für diesen Transportweg besteht Interesse auch bei anderen Zweigen des Waarengüterports, z. B. bei den Exporteuren von Holz, Salz usw.

[„Gazeta Gdańska“ 26. 5. 1934.]